

**Rede
der Fraktionssprecherin für Recht und Verfassung**

Andrea Schröder-Ehlers, MdL

zu TOP Nr. 26

**Verfassungsfeindliche Propaganda und Hetze im Internet
konsequent bekämpfen**

während der Plenarsitzung vom 15.04.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

das Internet ist kein rechtsfreier Raum! Verfassungsfeindliche Propaganda und Hetze im Internet müssen konsequent bekämpft werden. Wir müssen dem Hass, der uns im Netz entgegenschlägt, begegnen. Das ist mühsam und anstrengend. Aber die digitale Welt darf nicht dem Hass und den Vorurteilen überlassen werden.

Wir müssen uns klug wehren.

Anrede,

es besteht Handlungsbedarf!

Seit der Erfindung der Sozialen Netzwerke und des interaktiven Internets erfahren wir mehr über den Hass und die Vorurteile unserer Mitmenschen, als uns lieb ist. Und im Netz ist es wie im richtigen Leben; und wie wir den Lautesten zuerst hören, bemerken wir den Hass zuerst. Und Hass wirkt ansteckend, wenn er geduldet wird oder gar Beifall bekommt. Die Hemmschwelle, ihn zum Ausdruck zu bringen, sinkt in der Anonymität und vor dem Bildschirm, denn der Hassler muss niemandem ins Gesicht schauen. Und ob er grob oder subtil vorgetragen wird: in einer hassgefüllten Atmosphäre in Foren oder Kommentaren ziehen sich die, denen der Hass als Persönlichkeitsmerkmal oder Frustration nicht zur Verfügung steht, zurück. Was sollen sie auch tun? Aber ist das Feld erstmal geräumt, siegt der Hass.

Und dabei wissen wir: Angriffe auf die Würde eines Menschen beginnen im Kopf, beginnen mit Worten.

Wer in seinen Reden oder Tweets, in Kommentaren oder Blogs, andere Menschen attackiert; wer ganze Bevölkerungsgruppen pauschal abwertet, etwa wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Identität, der greift ihre Würde und damit auch den Grundkonsens unserer Gesellschaft an.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so sagt es das Grundgesetz, so sagen es die Menschenrechte.

Anrede,

Bundespräsident Joachim Gauck hat es in seiner Festrede zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit vor kurzem hier in Hannover im Theater am Aegi deutlich gesagt:

„Wer, wie einige Verwirrte glauben, das christliche Abendland mit der Herabsetzung anderer, mit Ausgrenzung Andersgläubiger, mit Hassparolen oder gar Säuberungsfantasien verteidigen zu sollen, der hat es doch schon verraten“.

Anrede,

und häufig bleibt es nicht bei Hassreden. Oft sind die Worte die Vorstufe von Taten. Aus geistiger Brandstiftung wird leider viel zu oft Gewalt.

Und dabei sind die Täter nicht unbedingt in einschlägigen Vereinen oder Kameradschaften organisiert. Viele radikalieren sich im Internet. Hier gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Hasspropaganda und rechtsextremem Gewalt. Das Netz ist voll von rechtsextremistischen Kennzeichen, Bildern und Songtexten. Und das, obwohl es verboten ist, so etwas in Deutschland zu verbreiten.

Sie gelangen trotzdem ins Netz, häufig auf dem Umweg über Länder, in denen die Verbreitung rassistischer Parolen zulässig ist.

Mit der aktuellen Bundesratsinitiative soll versucht werden, diese Gesetzeslücke ein wenig zu schließen. Menschen, die in Deutschland leben und aus dem Ausland agieren, sollen in Deutschland bestraft werden können.

Es gab genau diesen Fall. Von einem Computer in Tschechien wurde auf einem Internetportal eine Plattform für rechtsextremistische Musik eingerichtet, gegründet von einem Deutschen. Aber nach der aktuellen Rechtslage ist dieser Vorgang bei uns nicht strafbar. Das soll sich mit der mittlerweile von vielen Ländern mitgetragenen Bundesratsinitiative ändern.

Anrede,

aber klar ist auch, dass allein wird nicht reichen!

Darum sind die aktuellen Bemühungen von Bundesjustizminister Heiko Maas so wichtig, und sie müssen unbedingt weitergeführt werden. Sie haben es bestimmt verfolgt. Im letzten Jahr hat der Bundesjustizminister eine Task Force eingerichtet, die vor kurzem ihre Handlungsempfehlung zum Umgang mit Hassbotschaften vorgelegt hat.

Aber vielleicht gestatten sie mir einen kurzen Rückblick:

Ausgangspunkt war der Ärger vieler Facebook-Nutzer, da das Netzwerk zwar bei sexistischen Bildern relativ häufig durchgriff, Hassbotschaften und extreme Gewalt aber trotz Protesten stehen blieben, oft versehen mit dem Hinweis, man habe die Beschwerde geprüft, die Einträge würden aber nicht gegen die Facebook- Standards verstoßen.

Anrede,

es gab Anzeigen gegen Zuckerberg und seine Top-Manager wegen Beihilfe zur Volksverhetzung (§130 StGB) bei der Staatsanwaltschaft Hamburg. Mit der Begründung, Facebook habe illegale Inhalte weiter öffentlich gemacht. Zuvor hatten die Anzeigenersteller den Konzern auf mehr als 300 Rechtsverstöße aufmerksam gemacht. Sogar bei geschändeten Leichen oder geköpften Menschen habe Facebook eine Löschung abgelehnt, mit der Begründung: die Gewaltdarstellung verstoße nicht gegen die Gemeinschaftsrichtlinien. Vor diesem Hintergrund lud Heiko Maas verschiedene Anbieter von Internetplattformen ein. Facebook, Google, für seine Videoplattform YouTube, und Twitter nahmen teil und seit dem 15. Dezember 2015 liegt eine gemeinsame Erklärung vor.

Die Unternehmen haben sich verpflichtet, strikte und transparente Nutzungsbedingungen zu implementieren, die sich auf den Umgang mit Inhalten beziehen, die Hass schüren oder zur Gewalt aufstacheln. Vereinbart wurde, dass rechtswidrige Inhalte unverzüglich entfernt werden.

Die Mehrzahl der gemeldeten Inhalte soll in weniger als 24 Stunden geprüft, insbesondere auch darauf, ob sie gegen §130 StGB (Volksverhetzung) verstoßen und, falls erforderlich, entfernt werden.

Anrede,

das ist ein guter Anfang, aber auch nicht mehr. Es ist etwas besser geworden, aber das, was Facebook tut, reicht definitiv noch nicht.

Auf jeden Fall sind wir alle gefordert unseren Beitrag zu leisten. Wem Hasspropaganda oder strafbare Inhalte auffallen, der sollte sie auch anzeigen und wir sollten dann auch darauf achten, ob die Netzwerke ihre neuen Regelungen auch entsprechend umsetzen.

Ich weiß, einige von uns tun dies schon sehr regelmäßig und dafür möchte ich mich auch ausdrücklich bedanken, zum Beispiel bei Dir, lieber Michael Höntschi!

Anrede,

und lassen sie mich auch noch einmal deutlich sagen, wer auf strafbare Inhalte im Netz aufmerksam macht, schränkt nicht die Meinungsfreiheit ein.

Anrede,

die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie ist die Grundlage jeder freien und demokratischen Gesellschaft. Sie schützt alle rechtmäßigen Meinungsäußerungen, auch wenn sie anstößig sind. Aber auch hier sind wir alle, ist die Gesellschaft gefordert, rassistischer Stimmungsmache und fremdenfeindlichen Vorurteilen entschlossen entgegenzutreten.

Anrede,

in den letzten Wochen und Monaten ist einiges erreicht worden, jetzt kommt es darauf an, diesen Weg gemeinsam entschlossen weiterzugehen.

Und es hat auch etwas mit uns in Niedersachsen zu tun, Beispiel ist der Anschlag in Salzhemmendorf. Das gehört auch zur Wahrheit!

Zu den bemerkenswerten Nachrichten dieser Tage gehört es aber auch, das vor kurzem Ministerpräsident Tillich aus Sachsen eingeräumt hat, dass sein Land die rechtsextremistische Gefahr jahrelang unterschätzt habe und zu wenig in politische Bildung und Demokratieerziehung investiert habe.

Anrede,

das gilt für uns alle. Und darum ist es gut, dass wir gestern wieder eine Landeszentrale für Politische Bildung beschlossen haben.

Anrede,

lassen sie uns alles tun, um auch im Netz entschieden gegen fassungsfeindliche Propaganda und Hetze vorzugehen. Damit aus Hass nicht noch mehr Gewalt wird.

Vielen Dank!